Handfeste Gefahr

Sonntag 10. 2. 13

Die EU spart bei den AGRARZUSCHÜSSEN*, die Kleinbauern könnten das Nachsehen haben*

Die Landwirte in der Europäischen Union bekommen weniger Subventionen, das beschloss der EU-Gipfel am Freitag in seiner Etatplanung. Den kleinen Bauern in der Region droht nun, dass sie dabei zu den großen Verlierern werden.

KATHRIN GANTER

Wohl dem, der große Felder hat: Die Direktförderung für Landwirte wird nach der Fläche der Höfe verteilt – dabei hätten sie die bäuerlichen Kleinbetriebe viel nötiger. FOTO: GOLLRAD

373 Milliarden Euro sind viel Geld und noch immer der größte Posten im EU-Haushalt. Aber der Agraretat der EU von 2014 bis 2020 wird um 11 Prozent gekürzt, das beschloss der EU-Gipfel am Freitag. In der Verteilung lässt die EU ihren Ländern Spielräume. Setzt sich die Agrarindustrie in Berlin durch, wäre das ein herber Schlag für die vielen Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirte in der Region.

Die Agrarförderung basiert auf zwei Säulen: Die erste sind die Direktzahlungen nach Fläche. Wer viele Hektar Land hat, bekommt viel davon ab. Aus der zweiten Säule werden Ausgleichszahlungen für Landwirte in benachteiligten Regionen – wie etwa den Höhenlagen im Schwarzwald –, Förderprogramme für ökologischen Landbau, die Pflege der Kulturlandschaft und Investitionszuschüsse finanziert. Der Wille der EU ist es, die Direktzahlungen für Großbetriebe bei 300 000 Euro zu deckeln und 30 Prozent aus diesem Topf an Umweltmaßnahmen zu knüpfen: Wechsel in der Fruchtfolge, Erhalt von Dauergrünland und ökologischen Vorrangflächen, die 7 Prozent der Betriebsfläche ausmachen sollen.

Doch die Deckelung der Direktzahlung überlässt die EU nun den Staaten, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich bereits dagegen ausgesprochen. Und jeweils 15 Prozent können von der einen in die andere Säule geschoben werden. In der zweiten Säule bekommt Deutschland ohnehin weniger Geld, da andere Länder wie Frankreich mehr Geld ausgehandelt haben. Würde dann noch weiteres Geld zugunsten der Direktzahlungen abgezogen, würde noch weniger für kleine Betriebe in strukturschwachen Regionen bleiben. Die Agrarlobby ist mächtig: Die Hälfte aller Betriebe in der EU, die mehr als eine halbe Million Euro jährlich an Subventionen erhalten, sind in Ost- und Norddeutschland.

„Ich verkämpfe mich im Deutschen Bauernverband auf eine Verteilung auf beide Säulen", sagt Werner Räpple, Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV). Die Direktzahlungen hätten auch für bäuerliche Betriebe eine sehr große Bedeutung, da sie einkommenswirksam ankommen. Aber er würde sich Tierzuschläge für die Höfe in strukturell benachteiligten Gebieten wünschen. Ebenso befürwortet Räpple sinnvolle Agrar- und Umweltmaßnahmen, aber: „Nur zu extensivieren ist auch nicht sinnvoll, es muss auch produziert werden." Als Verbandsvertreter muss er versuchen, für alle Betriebe zu sprechen. Räpple verhehlt nicht, dass es herausfordernd sei, im BLHV allen Interessen gerecht zu werden: „Aber bis jetzt ist uns die Aussteuerung immer gelungen."

Bis jetzt. Aber es gibt neben dem BLHV auch andere Zusammenschlüsse, etwa den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, und die bundesweite Organisation „Meine Landwirtschaft", die für eine regionale Landwirtschaft werben. Für Bauern als Produzenten hochwertiger Lebensmittel, die sich für den Erhalt von Natur und Landschaft einsetzen. Und immer mehr Verbraucher sind bereit, für solche Lebensmittel auch höhere Preise zu bezahlen. Das Marktforschungsunternehmen GfK hat ermittelt, dass die Deutschen im vergangenen Jahr 7 Milliarden Euro für Biolebensmittel ausgegeben haben. „Die Nachfrage übersteigt das regionale Bioangebot bei weitem", sagt Reinhold Pix, Landtagsabgeordneter der Grünen. „Der Markt wird mit ausländischer Ware gesättigt." Um umzustellen auf Bio, dafür brauchen die Landwirte Förderung. „Wenn es da künftig weniger Geld gibt, wird das ein Riesenproblem", prophezeit Pix. Das ist nicht im Sinne der grün-roten Landesregierung und daher schrieb Landwirtschaftsminister Alexander Bonde (Grüne) in letzter Zeit einige Briefe. An die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) zum Beispiel und an Angela Merkel: „Die Stärkung des ländlichen Raums mit all seinen gesellschaftlich wertvollen Funktionen muss unvermindertes Ziel bleiben", fordert er. Denn dort geht es um mehr als Mais und Weizen. „Wenn es nicht gelingt, den ländlichen Raum [...] zu stärken, werden der demografische Wandel und der ungebrochene Trend zur Urbanisierung für leere Landschaften sorgen."

Rund 10 Millionen Euro Fördermittel fließen beispielsweise jährlich in den Landkreis Lörrach. Ulrich Hoehler, Leiter des Dezernats Umwelt, Baurecht und Ländlicher Raum, sieht eine „handfeste Gefahr", dass dieser Betrag künftig nicht mehr generiert werden kann. Hinzu kommt, dass die großen Landwirtschaftsbetriebe, die beispielsweise Mais anbauen, derzeit nicht auf Förderung angewiesen seien, weil die Preise für ihre Produkte hoch sind, wie Reinhold Pix sagt: „Die verdienen gerade richtig viel Geld."

ANZEIGE

Cabaret • Nightclub
Blue Angel
Erotic-Live-Stripshows!
www.blue-angel-breisach.de
Tägl. 21–5 Uhr
Breisach
Gerberstraße 6
☎ 07667 /1070
- Klimatisiert
- Großbild LED
- Raucher-Clubraum